

**52. Sitzung des Gemeinderates**  
**- öffentlich -**

Sitzungstag:

**Donnerstag, 17.05.2018**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Lothar Kipp		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Gisela Fischer Johannes Mecke Edith Michal Marianne Rader	

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung gratuliert der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Weingärtner, Herrn Axenbeck und Herrn Peischl nachträglich recht herzlich zum Geburtstag. Nachdem Herr Peischl einen runden Geburtstag feiern konnte, überreicht der Vorsitzende ein kleines Präsent der Gemeinde.

Entschuldigt fehlen an der heutigen Sitzung die Gemeinderatsmitglieder Frau Fischer, Herr Mecke, Frau Michal sowie Frau Rader. Entschuldigt verspätet fehlt das Gemeinderatsmitglied Frau Guist.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 16.05.2018 (eingegangen am 17.05.2018) eingereicht wurde. Gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates die Zulassung des Dringlichkeitsantrages beschlossen. Der Dringlichkeitsantrag wird als neuer Tagesordnungspunkt 6 in der heutigen öffentlichen Sitzung behandelt.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 719 20 Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Beschluss: 20 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.04.2018, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024  
Hauptamt

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

#### 720 20 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Folgende Beschlüsse können in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen werden, da die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind. Sie gelten damit der Öffentlichkeit als zur Kenntnis gebracht.

#### Sitzung des Gemeinderates vom 08.12.2016, Nr. G 511

***Parkraumbewirtschaftungskonzept für das Parkhaus Diesel-/Betastraße und die Tiefgarage mit dem Parkplatz an der Jahnstraße Bürgerfestplatz (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)***

Beschluss: 22 : 0

*Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 29.11.2016, Nr. G139 vollumfänglich an.*

*Im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung der beiden Parkgaragen (Parkhaus und Tiefgarage) sowie der oberirdischen Stellplätze Parkplatz am Bürgerfestplatz mit je ca. 500 Stellplätzen sind 1/3 der kostenpflichtigen Stellplätze den Firmen zur preisgebundenen Untervermietung an eigene Mitarbeiter zu einem Monatssatz von 50,00 € zu vermieten.*

*Die restlichen Stellplätze werden ohne Festvermietung zu folgenden Konditionen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt:*

Zeit	Tarif
erste angefangene Stunde	kostenfrei
jede weitere Stunde	0,50 €
max. Tagessatz 24 Stunden	5,00 € (=11 Stunden)
maximale Parkdauer 48 Stunden	wegen Flughafenparkern, zzgl. erhöhtes Parkentgelt (z. B. 200,00€ bzw. 400,00€)

*Bis zur Vorlage eines Erfahrungsberichts zur Auslastung der Parkgaragen und des Parkplatzes über die ersten 18 Monate (Fertigstellung der Parkanlagen in 2018) erfolgt keine Vermietung an Privatpersonen.*

*Das Aufladen (Strom) an den vorgesehenen Elektroladestationen ist derzeit kostenfrei (Parkgebühren sind zu entrichten).*

*Die Bewirtschaftung (Unterhalt, Räum- und Streupflicht, Reinigung, Wartung, etc.) der Parkgaragen und des Parkplatzes ist an einen externen Dienstleister auszuschreiben. Auf die weitere Nutzung des Parkplatzes an der Jahnstraße als Festplatz ist dabei besonders Rücksicht zu nehmen.*

Az.: 621  
Bauamt

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Sitzung des Gemeinderates vom 08.03.2018, Nr. G 757

##### **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Einsatz von Elektrobussen, Ortsbuslinie 232, Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen**

Beschluss: 20 : 0

*Der Auftragserteilung durch den MVV wird seitens der Gemeinde Unterföhring für den Verkehrsdienstleistungsauftrag zum Einsatz von Batteriebussen der MVV-Linie 232 ab Dezember 2019 als wirtschaftlichster Bieter, mit einer Auftragssumme von 9.280.087,30 € / 10 Jahre, an den Verkehrsbetrieb Ettenhuber GmbH, 85622 Feldkirchen zugestimmt.*

*Die durch die Gemeinde Unterföhring zu tragenden Mehrkosten aufgrund des Ausschreibungsergebnisses für die Betriebsleistung des Elektrobusses innerhalb der Laufzeit von 10 Jahren, im Vergleich zum Dieselbusbetrieb, werden in Höhe von ca. 3,51 Mio € gegenüber der Kostenschätzung des MVV in Höhe von ca. 2,2 Mio € (Differenz +1,3 Mio €) übernommen.*

*Die Kosten sind unter der HHSt. 79110.6720 entsprechend für die Jahre 2019 - 2029 zu planen und abzurechnen.*

Az.: 851  
Bauamt

#### Sitzung des Gemeinderates vom 12.04.2018, Nr. G 765

##### **Parkhaus an der Diesel-/Beta-Straße; Ergebnis des Verhandlungsverfahrens und Auftragsvergabe**

Beschluss: 21 : 0

*Das Gremium stimmt der Auftragsvergabe des Parkhauses an der Diesel- / Beta-Straße – Generalübernehmer, auf das einzige und wirtschaftlichste Angebot der Firma HIB Huber Integral Bau GmbH, 56598 Rheinbrohl, vom 10.04.2018, zu einer Angebotssumme von 9.771.377,48 € brutto mit folgenden Maßgaben und Ergänzungen:*

- A 6 gemäß Angebotsschreiben vom 10.04.2018:  
LED-Beleuchtung mit IPS (Intelligenter Parkhaus-Steuerung), mit bedarfsgerechter Lichtsteuerung.  
Mehrkosten 36.890,00 € brutto
- Massivdach aus Betondecke, Dachabdichtung und -begrünung anstelle eines Trapezblechdaches mit Dachabdichtung und -begrünung. Inbetriebnahme zum 11.06.2019  
Mehrkosten 103.530,00 € brutto

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

- Auftragssumme gesamt: 9.911.797,48 € brutto
- Vorlage der finalen Fassadenplanung (Gestaltung + Farbe) zur Freigabe
- 

*Die Ausgaben (Planung und Bau) in Höhe von 9.858.323,52 € brutto sind unter den Haushaltsstellen 87200.9420 und 87200.9490 zu verbuchen.*

*Die Wartungskosten für fünf Jahre in Höhe von insgesamt 53.473,96 € brutto sind anteilig unter der Haushaltsstelle 87200.5020 der Folgejahre einzustellen und zu verbuchen.*

Az.: 621  
Bauamt

AZ 024  
Hauptamt

721 20/21 **Anträge der SPD-Fraktion:**  
**Änderung des Bebauungsplanes für das Einheimischen-Modell am Römerweg**

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung des Bebauungsplanes für das Einheimischen-Modell am Römerweg vom 02.04.2018, eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 03.04.2018, bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Entwicklung der restlichen Flächen, Fl.Nr. 576 im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 71/02 sowie Nr. 71a/12 für das Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, westlich der S-Bahnlinie S8, östlich des Römerweges und südlich des Germanenweges wird ein Änderungsbebauungsplan zum bestehenden, rechtsverbindlichen Bebauungsplan für das Einheimischen-Modell erstellt. Dabei sind das Maß der Bebauung (EG + 1. OG + Dach), der Bau einer Tiefgarage und die Integration einer endgültigen Kindertagesstätte (Kinderkrippe und Kindergarten) zu untersuchen.

**Begründung:**

Durch die mehrheitliche Entscheidung des Gemeinderates, das Einheimischen-Modell nicht mehr weiterzuführen, soll die Schaffung von preisgünstigem, gemeindlichen Mietwohnraum auf der Restfläche am Römerweg mit dem Ziel einer Bebauungsplanänderung untersucht werden.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Ziel soll es sein, mehr Wohnraum für Einheimische, durch eine Umplanung in Geschosswohnungsbau zu schaffen. Aufgrund der Verkehrs- und Parksituation im Planungsgebiet ist der Bau einer Tiefgarage vorzusehen und das Maß der Bebauung der Verkehrssituation anzupassen. Außerdem ist eine feste Kindertagesstätte einzuplanen, da die aktuellen Anmeldezahlen einen unverändert hohen Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder von 1 bis 6 Jahren belegen.“

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass der Bebauungsplan Nr. 71/02, Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, aufgrund der geplanten Brücke über den Mittleren Isarkanal derzeit geändert wird (Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates vom 08.02.2018, Nr. 683).

#### Ergänzungsantrag der CSU-Fraktion

Der Vorsitzende gibt einen Ergänzungsantrag der CSU-Fraktion vom 15.05.2017 bekannt. Der Ergänzungsantrag lautet:

„Es soll untersucht werden, ob eine feste Kindereinrichtung auf der Erweiterungsfläche des Friedhofs (Spielplatz) errichtet werden kann.

Dieser Prüfauftrag impliziert die Beantwortung folgender Fragestellungen:

1. Ist eine Friedhofserweiterung zukünftig auszuschließen bzw. ist die aktuelle Friedhofsgröße für 12.000-15.000 Einwohner ausreichend?
2. Besteht mittel- bzw. langfristig noch Bedarf für Interims-Kindereinrichtungen?
3. Ist die Fläche des Spielplatzes ausreichend für die Errichtung einer Kindereinrichtung an dieser Stelle?
4. Welche Erschließungswege sind vorstellbar (Zufahrt, Stellplätze, Fußwege etc.)?“

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Ergänzungsantrages abstimmen.

Beschluss: 20:0

Nachdem der Ergänzungsantrag zur Beratung und Beschlussfassung zugelassen wurde, stellt der Vorsitzende fest, dass der SPD-Antrag vom 02.04.2018 der weitergehende Beschluss ist.

In diesem Zusammenhang erklärt die SPD-Fraktion ihr Einverständnis, dass der Antrag der SPD um die Ergänzungen der CSU-Fraktion erweitert wird.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Guist erscheint um 19:55 Uhr und nimmt am weiteren Verlauf der Sitzung teil.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Herr Peischl stellt gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat einen Antrag auf getrennte Abstimmung. Es soll eine getrennte Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion sowie die erfolgte Ergänzung des SPD-Antrages vorgenommen werden.

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen.

Beschluss: 17:4

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr getrennt abstimmen, zuerst über den ursprünglichen Antragstext der SPD-Fraktion, anschließend über die Erweiterung des SPD-Antrages.

Beschluss: 13:8

Zur Entwicklung der restlichen Flächen, Fl.Nr. 576 im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 71/02 sowie Nr. 71a/12 für das Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, westlich der S-Bahnlinie S8, östlich des Römerweges und südlich des Germanenweges wird ein Änderungsbebauungsplan zum bestehenden, rechtsverbindlichen Bebauungsplan für das Einheimischen-Modell erstellt. Dabei sind das Maß der Bebauung (EG + 1. OG + Dach), der Bau einer Tiefgarage und die Integration einer endgültigen Kindertagesstätte (Kinderkrippe und Kindergarten) zu untersuchen.

Nachdem der Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich angenommen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr über die Ergänzungen des SPD-Antrages entscheiden.

Beschluss: 15:6

Es wird untersucht, ob eine feste Kindereinrichtung auf der Erweiterungsfläche des Friedhofs (Spielplatz) errichtet werden kann.

In diesem Prüfauftrag ist insbesondere auf folgende Fragestellungen einzugehen:

1. Ist eine Friedhofserweiterung zukünftig auszuschließen bzw. ist die aktuelle Friedhofsgröße für 12.000-15.000 Einwohner ausreichend?
2. Besteht mittel- bzw. langfristig noch Bedarf für Interims-Kindereinrichtungen?
3. Ist die Fläche des Spielplatzes ausreichend für die Errichtung einer Kindereinrichtung an dieser Stelle?

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

4. Welche Erschließungswege sind vorstellbar (Zufahrt, Stellplätze, Fußwege etc.)?“

AZ 6100  
Bauamt

722 21 **Anträge der SPD-Fraktion:**  
**Einstellung des Isarau-Bus**

Der Vorsitzende gibt den Antrag der SPD-Fraktion vom 02.04.2018 (eingegangen am 03.04.2018) bekannt.  
Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Die SPD-Fraktion beantragt die Einstellung des Isarau-Busses. Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Erprobungsphase des Isarau-Busses ist so schnell wie möglich einzustellen. Die Beschlüsse vom 22.09.2016, Nr. 449, 12.01.2017, Nr. 506 und 06.04.2017, Nr. 551 sind entsprechend aufzuheben.  
Bezahlte Monats- oder Jahreskarten sind zurückzuerstatten.

Begründung:

Die ersten Monate des Busbetriebes (Start Dezember 2017) der Isarau-Buslinie haben gezeigt, dass diese nicht angenommen wird. Man spricht in der Bevölkerung vereinzelt sogar von einem „Geisterbus“.  
Die ohnehin geringfügige Rückendeckung, die im Befragungszeitraum Mai bis Mitte Juli 2016 gerade mal 25% betrug (53 der 210 befragten Haushalte stimmten damals bereits nur mit „ja“), scheint weiter zu sinken.  
Das Ende des Probetriebes bis Dezember 2019 sollte daher nicht abgewartet werden. Die Linie ist zum nächst möglichen Zeitpunkt einzustellen.“

#### Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Frau Mäusel stellt nach Diskussion im Gremium gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat einen Antrag auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes.

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen.

Beschluss: 21:0

Nachdem der Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung des Tagesordnungspunktes einstimmig angenommen wurde, lässt der Vorsitzende inhaltlich diskutieren.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Nach Abwägung im Gremium ergeht folgender Beschluss:

Beschluss: 21:0

Es soll bis zu einer erneuten Vorlage dieser Thematik in der Gemeinderatssitzung im Juni insbesondere geprüft werden, welche Kosten bei einer möglichen Vertragsauflösung entstehen, welche möglichen Alternativrouten realisierbar erscheinen (z.B. Fahrten zum Feringasee, Asylbewerberwohnheim etc.) und ob eine unentgeltliche Beförderung möglich erscheint.

AZ 851  
Bauamt

#### 723 21 **Gemeindeeigene Buslinie Isarau; Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende verweist auf den öffentlichen Tagesordnungspunkt 3.2 (*Anträge der SPD-Fraktion; Einstellung des Isarau-Bus*) welcher zur erneuten Beratung und Beschlussfassung in der Gemeinderatssitzung im Juni vertagt wurde.

Da der vorgesehene Tagesordnungspunkt 4 (*Gemeindeeigene Buslinie Isarau; Sachstand und weiteres Vorgehen*) in diesem Zusammenhang steht, lässt der Vorsitzende ebenfalls über die Zurückstellung abstimmen:

Beschluss: 21:0

Der vorgesehene Tagesordnungspunkt 4 (*Gemeindeeigene Buslinie Isarau; Sachstand und weiteres Vorgehen*) wird zurückgestellt und in der Gemeinderatssitzung im Juni erneut vorgelegt.

AZ 851  
Bauamt

#### 724 21 **Bebauungsplan Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße; Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße, in der Fassung vom 26.09.2017 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 19.12.2017 bis einschließlich 31.01.2018 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten ebenfalls vom 19.12.2017 bis 31.01.2018 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Die im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten redaktionellen Hinweise und Anregungen wurden in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 24.04.2018 behandelt. Eine weitere Auslegung ist nicht mehr erforderlich. Der Bebauungsplan Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße, kann somit als Satzung beschlossen werden.

Der Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 26.09.2017, Nr. 442, sowie der Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.04.2018, Nr. 481, sind hier als Anlage beigelegt.

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen des frühzeitigen und des förmlichen Beteiligungsverfahrens vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie des Vorhabenträgers und der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.

Weiter wurden die gesamten Bebauungsplanunterlagen, Stand 26.09.2017, dem Gremium im Ratsinformationssystem sowie den Fraktionen je eine Fassung in Papierform zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 21 : 0

Die im Planaufstellungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen sowie deren Behandlung durch den Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss gemäß Beschlüsse vom 26.09.2017, Nr. 442, und 24.04.2018, Nr. 481, werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses ausdrücklich zu Eigen.

Die im Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Hinweise und Anregungen sind in den Bebauungsplanentwurf, Stand 26.09.2017, einzuarbeiten. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 87/17, Schulcampus und Sportpark nördlich und südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße, in der Fassung vom 26.09.2017 mit eingearbeiteten redaktionellen Änderungen und Hinweisen vom 24.04.2018 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 17.05.2018.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

Bauamt

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

725    21    **Antrag der SPD-Fraktion auf Planungsstopp Sportpark südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße**

Der Vorsitzende erinnert an die Zulassung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion vom 16.05.2018 (eingegangen am 17.05.2018).

Gemäß § 22 Abs. 2 Nr. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wurde in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates die Zulassung des Dringlichkeitsantrages beschlossen. Der Dringlichkeitsantrag wird als neuer Tagesordnungspunkt 6 in der heutigen öffentlichen Sitzung behandelt.

Der Dringlichkeitsantrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Die gesamten Planungen für den Sportpark südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße werden mit sofortiger Wirkung komplett eingestellt. Ziel ist es, unter neuen Vorgaben, die vom Gemeinderat noch festzulegen sind, eine neue Planung des Sportparks zeitnah anzustoßen.

Begründung:

Der in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27. Februar 2018 vorgestellte Entwurf ist wegen der explosionsartigen Kostensteigerung auf rund 125 Millionen Euro sowie der in Frage zu stellenden Funktionalität (Erschließung, Gebäudeanordnung und Gebäudekubaturen, Raumzuschnitte) nicht zustimmungsfähig.

Wegen der notwendigen und grundlegenden Überarbeitung ist eine Weiterführung der bisherigen Planung weder für die Gemeinde (Kosten) noch für die beteiligten Planer (Arbeit für die „Ablage“) als nicht zielführend anzusehen.

Baukosten in dieser Höhe stehen in unseren Augen in keiner Relation mehr. Unterföhring soll und wird einen Sportpark bekommen. Aber nicht für 125 Millionen Euro.“

Der Erste Bürgermeister erläutert den bisherigen Werdegang, die gegenwärtige (Planungs-) Situation und verweist auf den anstehenden gemeinsamen Workshop zu dieser Thematik am 24.06.2018. In diesem Workshop sollen durch die Planer mögliche Einsparpotenziale an diesem Projekt aufgezeigt werden und die Konzeptionen zur wesentlichen Kostenreduzierung korrigiert werden.

Nach ausgiebiger Diskussion im Gremium lässt der Vorsitzende über den eingereichten und zugelassenen Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Beschluss: 12 : 9

Die gesamten Planungen für den Sportpark südlich der Mitterfeldallee sowie westlich der Dieselstraße werden mit sofortiger Wirkung komplett eingestellt.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Ziel ist es, unter neuen Vorgaben, die vom Gemeinderat noch festzulegen sind, eine neue Planung des Sportparks zeitnah anzustoßen.

AZ 0241  
Hauptamt

726 21 **Bebauungsplan Nr. 89/18 zur Errichtung von Wohnanlagen und nicht störendem Gewerbe nördlich der Bahnhofstraße, westlich der Sudetenstraße und östlich der Johanneskirchner Straße; Aufstellungsbeschluss**

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 17.09.2015, Nr. G270, in dem der Erwerb des Hotels mit Restaurant und Tiefgarage an der Bahnhofstraße 15 (Fl.Nr. 190/2, 2.446 m²) beschlossen wurde. Auf die exponierte Lage des Grundstücks und dass dieses für die ortsplanerische Entwicklung von großer Bedeutung ist, wurde in dem Beschluss ebenfalls hingewiesen.

Weiter erinnert der Bürgermeister an die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12.03.2014, Nr. 1123, vom 13.11.2014, Nr. 119, sowie vom 17.09.2015, Nr. 267, bezüglich der geplanten Nachverdichtung auf den Grundstücken der Wohnanlage an der Sudetenstraße 1 a – 1 c, Fl.Nrn. 190/0 (3.659 m²).

Um dem notwendigen Wohnraumbedarf entgegenzuwirken, ist das Areal (Fl.Nrn. 190/2 und 190/0) nach Ablauf der Pachtverträge bzgl. des Hotels mit Restaurant an der Bahnhofstraße 15 ortsplanerisch zu realisieren.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Areal im rechtskräftigen und im in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan als Allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen ist.

Ein entsprechender Lageplan (Umgriff in Gelb markiert) wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Beschluss: 19 : 2

Zur Errichtung von Wohnanlagen und nicht störendem Gewerbe nördlich der Bahnhofstraße, westlich der Sudetenstraße und östlich der Johanneskirchner Straße ist für die Fl.Nrn. 190/0 und 190/2 vor einem Aufstellungsbeschluss eine Rahmenplanung zu beauftragen. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat vorzulegen.

Die entstehenden Kosten sind unter der HHSt. 61000.6552 zu verbuchen.

AZ 6100  
Bauamt

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### 727 21 Parkhaus Diesel-/Beta-Straße; Festlegungen zur Fassade

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 12.04.2018, Nr. G765, in Erinnerung, mit welchem das Gremium der Auftragsvergabe des Parkhauses Diesel- / Beta-straße – Generalübernehmer, auf das einzige und wirtschaftlichste Angebot der Firma HIB Huber Integral Bau GmbH, 56598 Rheinbrohl, zu einer Angebotssumme von 9.771.377,48 € brutto, zugestimmt hat. Gleichzeitig wurden die Alternative A 6 LED-Beleuchtung mit IPS mit Mehrkosten in Höhe von 38.890,00 € brutto und Alternative A8 Massivdach aus Betondecke mit Mehrkosten in Höhe von 103.530,00 € brutto beauftragt.

Mit Angebotsschreiben vom 10.04.2018, Rev 01, sowie Baubeschreibung Rev. 01 vom 10.04.2018 sind alle mit Objektfotos dargestellten und bereits ausgeführten Lochblechkassettenfassaden im Angebot enthalten. Für die weitere Planung, insbesondere hinsichtlich baurechtlicher Anforderungen, hier Schallschutz, ist die Ausführung der Fassade im Detail durch das Gremium zu beschließen.

Das Parkhaus der Gemeinde Unterföhring an der Diesel- / Beta-Straße weist gemäß Angebot der Firma HIB Huber Integral Bau GmbH, eine Länge von 109,56 m, eine Breite von 26,88 m und eine Höhe von 12,86 m Süd bzw. 14,30 m Nord auf. Die Fassadenflächen betragen Süd 1.409 m², Nord 1.567 m² und Ost- und West jeweils ca. 368 m². Aufgrund der Gesamtbetrachtung der Fassadenteile ist eine Bemusterung in kleinerem Maßstab nur schwer bzw. erst mit Detailplanung darstellbar.

Folgende fünf kostenneutrale Fassadenbeispiele werden dem Gremium vorgestellt:

- PH Carl Zeiss, Oberkochen
- PH Music Box, Hayes, UK
- PH Heathrow Airport, UK
- PH Royal Infirmary, Aberdeen, UK
- PH City Council, Norwich, UK

Fotos der Referenzfassaden wurden dem Gremium zugestellt.

Gemäß Mitteilung HIB Huber Integral Bau, sind alle RAL-Standardfarben, nicht z. B. Eisenglimmer, im Angebotspreis enthalten. Mit RAL 9006 Weißaluminium wurden bisher gute Erfahrungen erzielt.

Zusätzlich hat der Vorentwurf des Schallschutzgutachtens des Ingenieurbüro Greiner – Beratende Ingenieure für Schallschutz PartG mbB, 82110 Germering, vom 23.04.2018 Folgendes ergeben:  
Aufgrund der geplanten Nutzung des Parkhauses und der oberirdischen Stellplätze ergeben sich an den maßgeblichen Immissionsorten der

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

angrenzenden Bebauung Beurteilungspegel von bis zu 56 dB(A) tags und 49 dB(A) nachts.

Die schalltechnische Situation stellt sich während der Tageszeit als unbedenklich dar. Während der Nachtzeit (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) ist mit einer Nutzungseinschränkung (Betriebszeiten) zu planen. Die genaue Festlegung hierzu wird im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens vorgenommen.

Weiter bringt der Erste Bürgermeister den Beschluss des Gemeinderates vom 16.04.2015, Nr. 200, in Erinnerung, mit welchem die Aufstellung von zwei getrennten Bauleitplänen für die Parkgaragen im Gewerbegebiet Unterföhring beschlossen wurden. Für die weiteren Planungsschritte ist ein fachlich qualifiziertes Planungsbüro zu beauftragen. Nach Rücksprache mit dem Landratsamt München kann der Bebauungsplan zur Errichtung der Parkgarage an der Diesel-/Beta-Straße, obwohl das Grundstück nach § 35 BauGB im Außenbereich liegt, als Bebauungsplan der Innenentwicklung im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden.

Die erste Prüfung der Vorplanung HIB Huber Integral Bau GmbH gemäß Angebot vom 10.04.2018 im Rahmen der Erarbeitung des Bebauungsplanentwurfs hat ergeben, dass die Abstandsflächen nicht vollständig auf eigenem Grund eingehalten werden können. Konkret liegen 0,50 m der Abstandsflächen auf einer Länge von 114,00 m entlang der Nordfassade auf dem gemeindlichen Grundstück Fl.Nr. 240 der Gemarkung Unterföhring. Zusätzlich fällt das Gelände nach Norden hin ab, was eine Böschung zwischen den Grundstücken Fl.Nr. 239 und 240 verursacht. Zusätzlich wird an der nördlichen Fassade aufgrund der Länge des Bauwerks eine Feuerwehrumfahrt erforderlich.

Es wird empfohlen, die Feuerwehrumfahrt innerhalb der Abstandsflächen zu errichten und das vorhandene Grundstück um den zusätzlichen Flächenbedarf von 0,5 m aus Fl.Nr. 240 durch Zumessung zu erweitern. Die bisherige Böschung verbleibt auf Fl.Nr. 240 der Gemarkung Unterföhring.

Beschluss: 20 : 1

Das Gremium nimmt den Sachstand zur Kenntnis und beschließt die Musterfassade gemäß dem Fassadenbeispiel „PH Music Box, Hayes, UK“

Hierzu sind mehrere Gestaltungsvorschläge (Naturmotive) vorzulegen.

Die Verwaltung wird zu allen erforderlichen Anpassungen im Rahmen der Bauleit- und Genehmigungsplanung insbesondere zur möglichen Vermeidung von Nutzungseinschränkungen (Betriebszeiten) ermächtigt.

Weiter wird der Erweiterung des Grundstücks Fl.Nr. 239 je nach Erfordernis um bis zu max. 1,00 m in Richtung Norden aus Fl.Nr. 240 der Gemarkung Unterföhring zugestimmt.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Der Bebauungsplan zur Errichtung der Parkgarage an der Diesel-/Beta-Straße ist im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB aufzustellen.

AZ 621  
Bauamt

728 21 **Neubau Schulcampus an der Mitterfeldallee; Projektänderungsantrag  
Nr. 1 bzgl. Aula/Bühne**

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2017, Nr. 652 in Erinnerung, in dem die Gesamtkosten (KG 200 bis KG 700) in Höhe von maximal 149 Mio. € brutto genehmigt wurden.

Seitens Gymnasiums kam der Nutzerwunsch, die Bühne in der Aula, insbesondere in der Größe, zu verändern. Dies könnte auch die Grundschule/MIB Aula/Bühne betreffen:

- Die Bühnentiefe wurde in der beigefügter Überlegung bis zur Flucht der Stützen vergrößert. Somit hat sich die Bühne von 3 m Tief auf um ca. 1,5m Tiefe vergrößert.
- Die Bühne besteht aus Hauptbühne, Hinterbühne und Seitenteile und ist durch mobile Textilvorhänge flexibel einsetzbar.
- Eine mobile Trennwand haben wir in der Skizze mit aufgenommen. Dies muss jedoch noch mit Herstellern bzgl. Machbarkeit (Dimension) abgestimmt werden.
- Die Bühne ist oben durch eine STB-Decke geschlossen, dadurch ändert sich auch das Oberlichtkonzept der Aula. Die Befestigungen der Technik etc. werden vereinfacht.

Durch die Vergrößerung der Bühne, werden der Zuschauerbereich und somit auch die Pausenhalle kleiner werden.

Der Projektänderungsantrag Nr. 1 Aula/Bühne, Stand 11.05.2018 wurde von allen Planungsbeteiligten auf Umsetzungsaufwand sowie Kosten (Stand 14.5.2018) geprüft und durch das Projektsteuerungsbüro Hitzler Ingenieure mit Stand 14.05.2018 freigegeben und dem Gremium zugestellt. Die hierbei entstehenden Kosten betragen 322.074,00 € brutto.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Projektänderungsantrag Nr.1 vom 11.05.2018 Bühne/Aula, inkl. Stellungnahme des Projektsteuerungsbüros Hitzler Ingenieure vom 14.05.2018 zur Kenntnis und stimmt den beantragten Änderungen zu.

Die Kosten in Höhe von 322.074,00 € brutto sind innerhalb des genehmigten Kostenbudgets von 149 Mio. € brutto zu kompensieren. Hierzu sind von den Planungsbeteiligten Vorschläge auszuarbeiten und vorzulegen.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

Das Gemeinderatsmitglied Herr Klietsch hat bei diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

AZ 6  
Bauamt

729 21 **Gemeindeeigenes Objekt an der Münchner Str. 73 (ehemalige Gaststätte Gockl); Festlegung des Architekten (Objektplaner) für einen Teilabbruch und Neubau**

Der Erste Bürgermeister bringt folgende Gemeinderatsbeschlüsse vom 18.10.2017, Nr. 631, sowie vom 08.02.2018, Nr. 682 in Erinnerung. Dabei wurde die Verwaltung beauftragt, alle weiteren Maßnahmen (Ausschreibungsverfahren für die Beauftragung eines Architekten) einzuleiten.

Folgende Eckpunkte sollten für die Realisierung des gemeindeeigenen Objektes an der Münchner Straße 73 (ehemals Gaststätte Gockl) Berücksichtigung finden:

- Das Gebäude ist nach historischem Vorbild mit UG, EG, 1. OG und einem Dachgeschoss (drei oberirdische Geschosse) zu planen.
- Im EG ist eine Gaststätte mit 250 m² sowie einem Biergarten im Außenbereich vorzusehen.
- Im UG sind die erforderlichen Lager- und Nebenflächen sowie KFZ-Stellplätze (für Wohnungsnehmer bzw. Angestellte des Objekts, ohne Zufahrt mittels Rampe, z.B. mit einem Autolift) zu planen.
- Im 1. OG und im Dachgeschoss sind Wohnungen einzuplanen.
- Die sonstigen erforderlichen KFZ-Stellplätze (gemäß der gültigen Stellplatzsatzung der Gemeinde) sind auf der gemeindeeigenen Grundstücksfläche (Fl.Nr. 83) unterzubringen.

Die Verwaltung hat daraufhin am 29.03.2018 insgesamt fünf Büros zur Teilnahme aufgefordert. Ein weiteres Büro wurde durch die Verwaltung aufgefordert, da bereits ein Architekturbüro nach Erhalt der Teilnahmeaufforderung die Teilnahme abgelehnt hat.

Bis zum Abgabeschluss am 15.05.2018 hat sich nur das Architekturbüro Homann.Zehl. Architekten und Stadtplaner PartG mbB, Waltherstraße 27, 80337 München, am Wettbewerb beteiligt. Insgesamt haben 5 Architekturbüros die Teilnahme aus verschiedenen Gründen (z.B. hohe Arbeitsauslastung etc.) abgesagt.

Der eingereichte Planungsgedanke bzw. Vorentwurf und Planunterlagen sowie die Referenzen wurden in der Preisgerichtssitzung am 16.5.2018 behandelt.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Nach ausführlicher Diskussion wurde innerhalb des Preisgerichts die Auffassung vertreten, einen Entwurf mit zusätzlichen Inhalten durch das Architekturbüro Homann.Zehl. Architekten und Stadtplaner PartG mbB, Waltherstraße 27, 80337 München, ausarbeiten zu lassen. Die weiteren Inhalte sollen im Rahmen einer eigenen Gemeinderatssitzung unter der Teilnahme von entsprechenden Fachberatern (Sachverständiger für Gastronomie, Fachingenieur für technische Gebäude Ausrüstung – Lüftung, Kühlung und Heizung etc.) erarbeitet werden.

Beschluss: 14 : 7

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Preisgerichts vom 16.05.2018 an und beauftragt das Architekturbüro Homann.Zehl. Architekten und Stadtplaner PartG mbB, Waltherstraße 27, 80337 München, für die Ausarbeitung eines Planungsentwurfes.

Vor Erstellung des Planungsentwurfes ist eine Gemeinderatssitzung durchzuführen, in der die weiteren Inhalte gemeinsam mit dem beauftragten Architekturbüro Homann.Zehl, den Fachberatern und der Verwaltung erarbeitet werden.

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind unter der Haushaltsstelle 88360.9490 zu verbuchen.

AZ 912  
Bauamt

730 21 **Vorstellung der Fassadengestaltung für das Bürogebäude und den geplanten gewerblichen Beherbergungsbetrieb (Boardinghaus) an der Münchner Straße 12, 14 und 16 (Oktavian) und weiteres Vorgehen**

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Sachstand der Planungen und teilt mit, dass der Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 49d/17, Oktavian an der Münchner Straße 12, 14 und 16, derzeit vorbereitet wird. Außerdem wird auf den Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 30.01.2018, Nr. 445, hingewiesen und mitgeteilt, dass die Auslegung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit von 12.03.2018 bis 13.04.2018 stattgefunden hat.

Mit E-Mailschreiben vom 24.04.2018 wurde vom planenden Architekten des Vorhabenträgers eine Präsentation zur neu geplanten Fassadengestaltung für das Bürogebäude und den geplanten gewerblichen Beherbergungsbetrieb (Boardinghaus) an der Münchner Straße 12, 14 und 16 (Oktavian) eingereicht. Diese Präsentation, Stand 24.04.2018, wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Der planende Architekt Herr Ernst, Architekturbüro Steidle, München, stellte in der Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 24.04.2018 das Fassadenkonzept vor und beantwortete die auftretenden Fragen aus der Mitte des Gremiums. Auf Grund der intensiven Diskussion in dieser Sitzung hat sich der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss dafür ausgesprochen, die weitreichend und städtebaulich prägende Situation (Standort) dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.04.2018, Nr. 475, wird hingewiesen.

Das vorgelegte Fassadenkonzept sieht vor, dass alle Gebäude mit einer hinterlüfteten, vor den bestehenden Rohbau gesetzten Holzfassade verkleidet werden sollen. Das zurückversetzte 5. Obergeschoss wird aus statischen Gründen (Bestandsdecke) als Holzkonstruktion ausgeführt und erhält die gleiche Fassade wie der Rest des jeweiligen Hauses. Da die Gebäude A (Büro) und B und C (Boardinghaus) eine unterschiedliche Nutzung aufweisen, aber vom selben Nutzerkreis belebt werden, ergibt sich die Verwendung des gleichen Materials, aber in anderer Ausdifferenzierung bezüglich der Farbgebung.

Der Bürgermeister erläutert, dass dem Gremium bisher eine Fassade im Wärmedämmverbundsystem in den Obergeschossen mit Beibehaltung des Natursteins im Souterrain sowie Erdgeschoss (Sockelbereich) vorgestellt wurde.

Sollte sich der Gemeinderat für den Vorschlag des Vorhabenträgers einer neuen bzw. der vorgelegten Fassadengestaltung aussprechen, ist ein weiteres Auslegungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB erforderlich, weil die Fassade Bestandteil der beiden vorangegangenen Auslegungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes war.

Den Gemeinderatsmitgliedern wurde im Vorfeld zur heutigen Sitzung eine Stellungnahme vom 09.05.2018 der Anwaltskanzlei Schönefelder, Ziegler und Lehnert im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB zur Verfügung gestellt.

#### Antrag zur Geschäftsordnung

Das Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger stellt gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat einen Änderungsantrag hinsichtlich der vorgeschlagenen Beschlussfassung.

Herr Dr. Ernstberger beantragt, dass Bauleitverfahren in Form des Bebauungsplanverfahrens für das Bürogebäude und den geplanten gewerblichen Beherbergungsbetrieb (Boardinghaus) an der Münchner Straße 12, 14 und 16 (Oktavian) einzustellen.

Der Vorsitzende lässt zunächst über die Zulassung des Geschäftsordnungsantrages abstimmen.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Beschluss: 13:8

Nachdem der Beschluss zur Beratung und Beschlussfassung zugelassen wurde, lässt der Vorsitzende nunmehr inhaltlich über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Beschluss: 11:10

Das Bauleitverfahren in Form des Bebauungsplanverfahrens für das Bürogebäude und den geplanten gewerblichen Beherbergungsbetrieb (Boardinghaus) an der Münchner Straße 12, 14 und 16 (Oktavian) wird eingestellt.

AZ 6100  
Bauamt

#### 731 21 **Autobahn A99; 8-streifiger Ausbau - Erhalt der Baustellenzufahrt an der ST2053 Fahrtrichtung Salzburg als Zufahrt für Rettungsfahrzeuge**

Der Vorsitzende gibt ein Schreiben der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring (vertreten durch Herrn Kommandant Michael Spitzweg) sowie ein Schreiben der Freiwilligen Feuerwehr Ismaning (vertreten durch Herrn Kommandanten Werner Kastner) -beide vom 08.03.2018- bekannt. Die Schreiben sind im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern zugegangen.

Beide Vertreter der Feuerwehren sprechen sich für den Erhalt der zum Zwecke der Baustellenzufahrt errichteten Rampe zur A99 (Fahrtrichtung Salzburg) an der ST2053 aus.

Der Vorsitzende erläutert die in den Schreiben dargelegten Vorteile. Im Tenor ist festzustellen, dass der Erhalt dieser Rampe für die Rettungskräfte eine wesentlich sichere Zufahrt auf die A99 darstellt. Gerade in den Sommermonaten ist durch Fahrrad- und landwirtschaftlichen Verkehr die momentane Zufahrtssituation über den Etzweg bzw. die Bauhofstraße -hin zur gegenwärtigen Zufahrtsrampe am Feuerwehrübungsplatz („Wendepunkt Bayernwerk“)- nicht ungefährlich.

Darüber hinaus könnte durch die mögliche neue Zufahrt die Feuerwehr Unterföhring bzw. Feuerwehr Ismaning ca. 1km Autobahnstrecke mehr abdecken, die derzeit von der Berufsfeuerwehr München bzw. die Freiwillige Feuerwehr Oberschleißheim bzw. Garching abdeckt werden muss. Dies bringt durch die verkürzte Anfahrt der Kräfte aus Unterföhring einen enormen Zeitvorteil in möglichen Notsituationen.

Am 09.04.2018 fand ein gemeinsames Gespräch mit den Vertretern der beiden Feuerwehren, der Gemeinde Ismaning sowie der Autobahndirektion Südbayern statt. Hier wurden die o.g. Punkte erläutert und darauf hingewiesen, dass das Rampenbauwerk (Zuwegung) auf Gemeinde Ismaninger Flur liegen würde.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Seitens der Autobahndirektion Südbayern wurde mit Email Nachricht vom 27.04.2018 die generelle Machbarkeit des Erhalts sowie die notwendigen Maßnahmen in zwei Varianten dargestellt.

#### **Variante A**

##### **Versatz mit überlappender Lärmschutzwand**

- Kosten: rund 280.000,00 € (brutto) Baukosten und zusätzlich dadurch erhöhten Unterhaltskosten wegen Mehrlänge der Wand und zusätzlicher Stützkonstruktion.
- Baugenehmigung: Es bleibt zu prüfen, ob ein Planänderungsverfahren notwendig wird. Dies ist im Wesentlichen davon abhängig, wie die Ergebnisse der Lärmberechnung für diese Variante ausfallen würden. Eine Berechnung wurde nicht durchgeführt.
- Unterhalt: Winterdienst auf der Rampe muss in einer Vereinbarung geregelt werden. Die Autobahnmeisterei kann mit ihren Fahrzeugen aufgrund der Fahrzeuggröße keinen Winterdienst ausführen. Ggf. wird zusätzlich noch eine Schrankenanlage notwendig. Die Prüffähigkeit der Wand muss zusätzlich untersucht werden, da Wände mit 6 m Höhe ohne Betriebsweg direkt an der Wand ohnehin nur eingeschränkt geprüft werden können und der Versatz hier zusätzliche Probleme verursachen könnte.
- Schutzeinrichtung entlang der A99: Die Schutzeinrichtung muss unterbrochen werden. Hierfür wird am Ende der Wand vor der Rampe eine Absenkung notwendig. Der Beginn der Schutzeinrichtung liegt dann wieder im Rampenbereich, sodass hier ein nahezu vollständiger Schutz gewährleistet ist.
- Grunderwerb: Die Wegefläche der Gemeinde Ismaning muss befahrbar sein. Dies kann durch Erwerb oder ein entsprechendes Fahrrecht erreicht werden. Die Zufahrt von der Staatsstraße kann nur auf dem Weg, der im Plan als orange Strichlinie eingetragen ist erfolgen dafür sind auch Fahrrechte von Uniper SE notwendig.

#### **Variante B**

##### **Tor mit eingebautem Schiebetor:**

- Kosten: rund 460.000,00 € (brutto) Baukosten und zusätzlich erhöhte Unterhaltskosten, die durch die Mechanik und Steuerungseinrichtungen beim Tor höher als bei der Variante mit Versatz sein werden. Durch die zusätzliche Stützkonstruktion entsteht nach DIN 1076 ein neues Ingenieurbauwerk, auch hierfür werden

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Ablösekosten notwendig. Eine Ablöseberechnung wurde noch nicht durchgeführt.

- Baugenehmigung: Es bleibt zu prüfen, ob ein Planänderungsverfahren notwendig wird. Ggf. fällt hier eine geänderte Schallabsorption im Bereich der Toranlage ins Gewicht.
- Unterhalt: Winterdienst auf der Rampe muss in einer Vereinbarung geregelt werden. Die Autobahnmeisterei kann mit ihren Fahrzeugen aufgrund der Fahrzeuggröße keinen Winterdienst ausführen. Außerdem wird ein Stromanschluss für die Toranlage notwendig.
- Grunderwerb: Die Wegefläche der Gemeinde Ismaning muss befahrbar sein. Dies kann durch Erwerb oder ein entsprechendes Fahrtrecht erreicht werden. Die Zufahrt von der Staatsstraße kann nur auf dem Weg, der im Plan als orange Strichlinie eingetragen ist erfolgen dafür sind auch Fahrtrechte von Uniper SE notwendig.
- Die Verlässlichkeit der Toranlage wird kritisch gesehen, da von unserer Seite nicht abgeschätzt werden kann, wie oft eine Zufahrt an der Stelle notwendig wird. Aus den Erfahrungen mit entsprechenden Toranlagen kann man sagen, dass es zu Störfällen kommen kann. Wenn nicht regelmäßige Nutzung gewährleistet ist, ist der Störfall im Ernstfall vorher gar nicht bekannt. Eine manuelle Öffnung wird jedoch möglich bleiben.

Bei beiden Varianten kann mit ca. 30.000,00 € (brutto) Einsparung bei den bisherigen kalkulierten Kosten durch den ersparten Rückbau gerechnet werden.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat begrüßt den Erhalt der (Rettungs-) Zufahrtsrampe zur A99 (Fahrtrichtung Salzburg) an der Staatsstraße 2053. Durch den Erhalt bzw. Ausbau wird eine schnellere und sichere Anfahrt auf die Autobahn der Feuerwehr Unterföhring sichergestellt.

Es ist hierbei die Variante A (Versatz mit überlappender Lärmschutzwand) zu realisieren.

Der Bürgermeister wird ermächtigt alle notwendigen weiteren Schritte einzuleiten die im Zusammenhang mit der Maßnahme verbunden sind.

Die Umsetzung der Maßnahmen zum Erhalt der Rampe ist in Kooperation und in Abstimmung mit der Gemeinde Ismaning sowie der Autobahndirektion Südbayern durchzuführen.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Es sind darüber hinaus zeitnahe Verhandlungen über eine Kostenbeteiligung mit der Gemeinde Ismaning, dem Landkreis sowie der Autobahndirektion Südbayern zu führen.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den geplanten Erhalt der Zufahrtsrampe ist in der nächsten Sitzung des Gemeinderates herbeizuführen.

AZ 6  
Bauamt

732 21 **S-Bahnhof Unterföhring; aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen zum Bau von Rolltreppen und Aufzügen im nördl. und südl. Abgang**

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 20.06.2013, Nr. 990, sowie den Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2014, Nr. 1054, in Erinnerung, sowie die Bekanntmachung im Gemeinderat vom 10.12.2015 zu dieser Thematik in Erinnerung.

Demnach sollte die bestehende Zugänglichkeit des unterirdischen S-Bahnhofs in Unterföhring durch den Einbau von zusätzlichen Rolltreppen und Aufzugstürmen verbessert werden.

Als Grundlage für eine Entscheidung des Gemeinderats zu diesem Projekt, wurde Ingenieurbüro EDR, München, von der Gemeinde Unterföhring zunächst mit der Erstellung einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

Ebenso lag das abschließende Brandschutzkonzept aus dem Jahre 2005 vor. Zur Machbarkeitsuntersuchung wurde jedoch zudem durch Kerksen + Kirchner, Beratende Ingenieure, auf Basis der im Folgenden durch EDR untersuchten Varianten eine „Unterlage 1 - K&K - Relativvergleich Komfortmaßnahmen mit Bauzuständen vom 23.11.2016“ erstellt, die in die abschließende Bewertung der Machbarkeit mit eingeflossen ist.

In einem Abstimmungsgespräch zur Machbarkeitsstudie mit der DB Station&Service AG am 21.03.2017 wurde seitens der DB angemerkt, dass für evtl. Umbaumaßnahmen in jeden Fall eine erneute Prüfung und Plangenehmigung der DB erforderlich ist.

Nach Rückfrage in 2018 bei der DB Station&Service AG kann die abschließende Genehmigungsfähigkeit der vorgetragenen Punkte nach eigener Aussage nicht durch die am 21.03.2017 getroffenen Vorabstimmungen vorwegnehmen.

Ein Genehmigungsverfahren kann jedoch erst im weiteren Verlauf mit einer weiter zu detaillierten Entwurfsplanung erfolgen, wenn hier konkrete Planunterlagen eingereicht werden.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Zur Sondierung zweckmäßiger bzw. unter Einhaltung der Vorschriften möglicher Varianten wurden die Vorvarianten jeweils für das Nord- u. Südende des Bahnsteigs in Bezug auf die Vorschriftenlage untersucht.

#### **Südende des Bahnsteiges**

Aufgrund der Anforderungen der Vorschriften, sowie der Gegenüberstellung der Varianten ergibt sich, dass der Einbau einer Fahrtreppe aufgrund der beengten Verhältnisse am Südende des Haltepunkts nicht genehmigungsfähig ist.

Alternativ zur Fahrtreppe bleibt hier die Möglichkeit, einen zusätzlichen Aufzug vorzusehen. Dieser Aufzug kann durch eine der bestehenden Öffnungen (Oberlicht) in der Stationsdecke geführt werden. Der Aufzugsschacht lässt sich im bestehenden Bahnsteig realisieren und wird in der Variante 1 für das Südliche Ende des Bahnsteigs weiter verfolgt.

Hierbei ist die Variante - Aufzug am Südende des Bahnsteigs – schmaler Aufzugsschacht (verbleibende Durchgangsbreite 120cm bzw. 80cm eine Sonderanfertigung).

Aufzug am Südende des Bahnsteigs – schmaler Aufzugsschacht min. Aufzugsbreite (13 Personen) grundsätzlich machbar. Hierbei ist im weiteren Verlauf bei der Beschlussfindung des Gemeinderates abzuwägen, ob das Kostenrisiko durch eine Sonderanfertigung des Aufzuges in Kauf genommen wird um den nutzbaren Förderraum des Aufzuges zu erhöhen.

Fazit: Die hier ausgeführte Möglichkeit eines zusätzlichen Aufzuges am Südende des Bahnsteigs wird im Folgenden in der Variante 1 und in der Variante 2 weiter verfolgt.

#### **Nordende des Bahnsteiges**

Am Nordende erscheint nach Voruntersuchung der Einbau einer Fahrtreppe, halbseitig der Fußgängertreppe grundsätzlich möglich. Aufgrund der Anforderungen der bahntechnischen Vorschriften ergibt sich die Möglichkeit einer 30° geneigte Rolltreppe. Für diese Variante ( Variante 1 ) wäre jedoch ein Deckenausbruch notwendig. Zudem schneidet der Ausbruch hierfür einen Telekommunikationsraum (Mobilfunk), sowie einen Putzraum an, die entsprechend umgebaut werden müssten.

Für eine freistehende in Bahnsteigrichtung nach Norden versetzte Rolltreppe ( Variante 2 ) müsste eine große Aussparung in der bestehenden Stationsdecke geschaffen werden, die aus statischen Gründen bei Aufrechterhaltung des S-Bahn Betriebes so nicht realisierbar ist.

Fazit: Die hier ausgeführte Möglichkeit zum Einbau einer Rolltreppe am Nordende des Bahnsteiges wird im Folgenden in der Variante 1 weiter verfolgt. Hierzu ist die detaillierte statische Untersuchung (Planung, Beprobung und Analyse der Bahnhofsoberfläche) des Deckenausschnittes in der

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Bahnhofsdecke erforderlich, da dies statisch kritisch erscheint und ggf. zusätzlich Einfluss auf den Bahnbetrieb hat. Für diese Untersuchungen sind Kosten in Höhe von rund 35.700 € brutto geschätzt.

#### Zusätzlicher Aufzug in der Variante 2

Die Kapazität dieses Aufzugs beträgt 19 Personen, sofern er mit den gleichen Abmessungen wie der bestehende Aufzug in der Mitte des Bahnsteiges (Block 46) ausgeführt wird. Die Dauer eines Zyklus (Einsteigen, Fahrt zum Gelände, Aussteigen, Rückfahrt zum Bahnsteig) beträgt in etwa eine Minute.

Fazit: Die hier ausgeführte Möglichkeit zum Einbau eines zusätzlichen Aufzugs am Nordende des Bahnsteiges (Block 54) wird im Folgenden in der Variante 2 bezeichnet und weiter verfolgt.

Unter Betrachtung der Randbedingungen und der Regelkonformität ergab sich in der Variante 1, mit der Nachrüstung einer Fahrtreppe am nördlichen Bahnsteigende als einzige Möglichkeit eine zusätzliche Fahrtreppe als Komfortmaßnahme im Bahnhofsbereich nachzurüsten.

Dem Gremium wurde die Machbarkeitsuntersuchung, Stand 7.5.2018 für die Varianten 1 Süd (Aufzug am Südende und eine Fahrtreppe am Nordende) und Variante 2 (je ein Aufzug am Nord- und Südende) mit einer groben Kostenschätzung sowie eine grobe Terminschiene, zugestellt.

Beschluss: 13 : 8

Der Gemeinderat nimmt den aktuellen Sachstand und die Machbarkeitsuntersuchung vom 07.05.2018 zur Kenntnis und spricht sich für folgendes weiteres Vorgehen aus:

Zur weiteren Planungssicherheit ist eine detaillierte statische Untersuchung (Planung, Beprobung und Analyse der Bahnhofsdecke) des Deckenausschnittes in der Bahnhofsdecke zu beauftragen. Für diese Untersuchungen werden die geschätzten Kosten in Höhe von rund 35.700 € brutto genehmigt und sind unter der HHSt. 79100.9490 zu verausgaben. Die Untersuchungsergebnisse sind dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

AZ 621  
Bauamt

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

733    21    **Geothermieprojekt Unterföhring;**  
**Bürgschaft der Gemeinde Unterföhring für die GEOVOL Unterföhring**  
**GmbH**

Der Erste Bürgermeister verweist auf den Beschluss vom 09.07.2009, Nr. G222, in dem die Ermächtigung erfolgte, Antrag auf Genehmigung einer Bürgschaft beim Landratsamt München zu den marktüblichen Konditionen zu stellen.

Am 16.04.2018 wurde vom Geschäftsführer der GmbH, Herrn Lohr, für das Haushaltsjahr 2018 ein zusätzlicher Antrag bei der Gemeinde zur Stellung einer 80-prozentigen Bürgschaft in Höhe von 560.000 € zur Absicherung der Kosten für die Mitfinanzierung der Fernwärmebaumaßnahme BA 2018 gestellt, welcher durch das KfW-Programm (erneuerbare Energien) gefördert wird. Der Zinssatz für das Darlehen beträgt 1,6%.

Aus rechtlichen Gründen soll nach Genehmigung durch das Landratsamt München von der GEOVOL Unterföhring GmbH eine marktübliche Bürgschaftsprovision angefordert werden. Als Ergebnis der Nachfrage wären 0,50 Prozent angemessen.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Bürgschaft für die Wiedernutzbarmachung zu. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, nach Genehmigung des Bürgschaftsvertrags durch das Landratsamt München die Bürgschaft über 80 Prozent der Kreditsumme von 700.000 € (Bürgschaft = 560.000 €) mit der GEOVOL Unterföhring GmbH abzuschließen.

Die Bürgschaftsprovision wird mit 0,50 Prozent festgesetzt und wird unter der HHst. 03000.2620 verbucht.

AZ 9  
Finanzen

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

734 21 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe; Rückschnitt Maibaum Unterföhring**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass heute der Rückschnitt des Maibaums erfolgte. Diese Maßnahme wurde auf Grund eines Gutachtens notwendig, welches die Standsicherheit des Maibaums bei Sturm etc. in Frage stellte.

Der Maibaum wurde durch den Bauhof sowie der Feuerwehr und einem privaten Kran kontrolliert zurückgeschnitten.

AZ 0241  
Hauptamt

734 21 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe; Antrag PWU-Wohnbauoffensive 2025**

Der Vorsitzende gibt einen Antrag der PWU-Fraktion vom 14.05.2018 bekannt. Der Antrag lautet:

*Die Verwaltung wird beauftragt, für die unten aufgeführten gemeindeeigenen Grundstücke die möglichen Baurechte zu ermitteln bzw. die bestehenden Baurechte (rechtskräftige Bebauungspläne) anzupassen und zeitnah dem Gemeinderat einen Zeitplan für die Umsetzung vorzulegen.  
Folgende gemeindeeigene Grundstücke eignen sich für eine gemeindliche, sozialverträgliche Wohnbauoffensive:*

- *Blumenstraße 34 (Eulitz-Grundstück)  
Hier könnte zeitnah mit dem Bau von kleineren Mietwohnungen begonnen werden. Die Verwaltung wird beauftragt das bestehende Baurecht (rechtskräftiger Bebauungsplan) zu prüfen, um festzustellen, welches Baurecht hier vorgesehen werden kann.*
- *Südliches Grundstück an der Dammstraße/Ecke Isaraustraße  
Hier könnte zeitnah mit dem Bau von kleineren Mietwohnungen begonnen werden. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welches Baurecht hier vorgesehen werden kann.*
- *Münchner Straße 122  
Nach dem Umzug des Kleiderbügels der NBH in ein anderes Gebäude sowie der Klärung der Mietverhältnisse mit den momentanen Mietern können auf dem Grundstück zeitnah gemeindeeigene Mietwohnungen entstehen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welches Baurecht hier vorgesehen werden kann.*
- *Münchner Straße 142 (derzeitiges Bauhof-Grundstück)  
Parallel zur Verlagerung des Bauhofs ist mit der Planung einer Bebauung mit gemeindeeigenen Mietwohnungen zeitnah zu beginnen.*

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

*Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welches Baurecht hier vorgesehen werden kann.*

- *Bergstraße 4  
Nachdem die Verlagerung des FC Unterföhring in den neuen Sportpark voraussichtlich 2021 / 2022 abgeschlossen sein wird, wird die Verwaltung beauftragt einen ArchitektenWorkshop für ein Städtebauliches Konzept inklusive einer möglichen Bebauung vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Aufgrund der Grundstücksgröße sind folgende Nutzungen mit Rücksicht auf das Gesamtgebiet Isarau grundsätzlich vorzusehen;*
  - o *Reihenhausparzellen*
  - o *Eigentumswohnungen im Geschloßwohnungsbau*
  - o *Gemeindeeigene Mietwohnungen*
- *Isaraustraße 25  
Hier sollte das bestehende Gebäude bis auf Weiteres als WG-Einheit genutzt werden und dann in den Planungsworkshop „Bergstraße 4“ einbezogen werden.*
- *St. Florian-Straße (Feuerwehr-Grundstück alt)  
Nach Verlagerung der Freiwilligen Feuerwehr an den neuen Standort in die Münchner Straße sollte Wohnbebauung auf dem alten Feuerwehrgrundstück und eine angemessene Erweiterung des Feringahauses auf dem dann freiwerdenden Feuerwehrparkplatz realisiert werden. Hierzu ist ein gesamtheitliches Nutzungskonzept auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.*

#### *Begründung:*

*Der Druck auf den Unterföhringer Wohnungsmarkt wird sich sicherlich in den nächsten Jahren nicht verringern, so dass rechtzeitig mit den entsprechenden Maßnahmen (Planung und Bebauung) der o.g. gemeindeeigenen Grundstücke begonnen werden soll. Die dabei erzielten Mieteinnahmen dienen einer nachhaltigen Stärkung des Verwaltungshaushaltes.*

*All die im Antragstext beschriebenen Baumaßnahmen sollen nicht nur der kurzfristigen Schaffung von Wohnraum dienen, sondern auch zur langfristigen Entspannung auf dem Wohnungsmarkt für Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger aller Generationen beitragen.*

*Auch in der Bayerischen Verfassung ist verankert, dass jeder Bewohner Bayerns einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat und die Förderung des Baues günstiger Wohnungen Aufgabe der öffentlichen Hand ist.*

Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzung des Gemeinderates behandelt.

AZ 0241  
Hauptamt

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

734 21 Bekanntgaben / Anfragen  
Bekanntgabe; Wahl des Jugendbeirates

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass gemäß der Bekanntmachung vom 13. April 2018 in der Zeit vom 13. April 2018 bis einschl. 14. Mai 2018 Bewerbungen für den Jugendbeirat Unterföhring eingereicht werden konnten.

Innerhalb der Frist sind beim Wahlamt insgesamt 10 Bewerbungen eingegangen.

Die eingereichten Bewerbungen wurden geprüft und sind zulässig.

Die Mitglieder des Jugendbeirats werden von den Jugendlichen der Gemeinde Unterföhring in geheimer Urwahl im Rahmen eines öffentlichen Wahlverfahrens in Form einer Briefwahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt.

Aufgrund der eingegangenen Bewerbungen kann der zu bildende Jugendbeirat satzungsgemäß über max. 7 Sitze verfügen. Jede(r) wahlberechtigte Jugendliche kann daher insgesamt 7 Stimmen vergeben, wobei an die einzelnen Bewerber max. 1 Stimme vergeben werden darf.

Die Bewerber gelten innerhalb der jeweiligen Altersgruppe in der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen als gewählt. Entfallen auf die letzte zu vergebende Wahlstelle die gleiche Anzahl Stimmen, entscheidet das Los.

Die Wahlperiode beträgt zwei Jahre.

Die Wahlperiode beginnt am 01. Juli 2018 und endet am 30. Juni 2020.

Der Jugendbeirat ist in 4 Altersgruppen aufgeteilt. Für die Altersgruppe 2 (16 - 18 Jahre) sind 4 Bewerbungen, für die Altersgruppe 3 (19 - 21 Jahre) sind 6 Bewerbungen eingegangen. Für die Altersgruppen 1 (14 - 15 Jahre) und 4 (22 - 23 Jahre) wurden keine Bewerbungen abgegeben.

Die Sitzverteilung nach Altersgruppen ist wie folgt:

<u>Altersgruppe</u>	<u>Alter</u>	<u>Sitze</u>
Altersgruppe 1:	14 - 15 Jahre:	0 Sitze, da keine Bewerbungen
Altersgruppe 2:	16 - 18 Jahre:	4 Sitze (3 + 1 aus Altersgruppe 1)
Altersgruppe 3:	19 - 21 Jahre:	3 Sitze (2 + 1 aus Altersgruppe 4)
Altersgruppe 4:	22 - 23 Jahre:	0 Sitze , da keine Bewerbungen

Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen, die am Wahltag (18.06.2018):

- mind. 14 und höchstens 25 Jahre alt sind,
- ihren Hauptwohnsitz seit mind. 30 Tagen in der Gemeinde Unterföhring haben,
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Briefwahlunterlagen werden in der 22. KW (28.5. - 01.06.2018) automatisch an alle wahlberechtigten Jugendlichen versandt.

Die Briefwahlunterlagen müssen bis spätestens 18. Juni 2018, 17:30 Uhr (Wahltermin) an die Gemeinde Unterföhring (Wahlamt) zurückgegeben werden.

AZ 0241  
Hauptamt

734 21 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe: Fronleichnam 2018 - neues Wegkreuz**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass in der Isarau (südlich des Schützenheims) im Bereich des Spielplatzes ein neues Wegkreuz errichtet wurde. Das Wegkreuz wurde von der Unterföhring Familie Vaitl-Gloo gestiftet. Die Errichtung erfolgte gemeinsam mit dem Bauhof der Gemeinde Unterföhring. Das Wegkreuz dient der Prozession zu Fronleichnam und wird in diesem Jahr in diesem Rahmen enthüllt.

AZ 0241  
Hauptamt

734 21 **Bekanntgaben / Anfragen**  
**Bekanntgabe: Planungen Rathaus, Bauhof, Feuerwehr**

Der Vorsitzende informiert, dass die Verwaltung zur Realisierung „Neubau Bauhof“, „Neubau Rathaus Unterföhring“ und „Neubau Freiwillige Feuerwehr“ drei Projektsteuerungsbüros angeschrieben und um Abgabe eines Angebotes für die Leistungen für die Betreuung eines VgV-Verfahrens mit Mehrfachbeauftragung gebeten hat:

- Hitzler Ingenieure, München
- pm5 Projektmanagement, München
- Drees&Sommer, München

Nach Prüfung der abgegebenen Angebote durch die Verwaltung, wurden die Aufträge wie folgt vergeben und die Infoschreiben am 05.04.2018 versandt:

- Neubau Bauhof – pm5 Projektmanagement
- Neubau Rathaus Unterföhring – pm5 Projektmanagement
- Neubau Freiwillige Feuerwehr – Drees&Sommer

Die Kosten sind auf folgende Haushaltsstellen zu verbuchen:

Rathaus – HHSt. 61000.6552 (Ortsplanung, Honorare für Planungen)  
Bauhof – HHSt. 77110.9490 (Bauhof Birkenhofstr, Baunebenkosten Hochbau)

## 52. Sitzung des Gemeinderates vom 17.05.2018

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

FFW – HHSt. 13000.9490 (Brandschutz, Baunebenkosten Hochbau)

Derzeit laufen die Grundlagenermittlungen sowie die Erarbeitung der Raumbücher für die Projekte „Bauhof“ und „Rathaus Unterföhring“ unter Einbeziehung des Gremiums sowie der Verwaltung. Für das Projekt „Freiwillige Feuerwehr“ wird wie bisher auch die Freiwillige Feuerwehr Unterföhring mit in die Planungen eingebunden.

AZ 621  
Bauamt

### 734 21 Bekanntgaben / Anfragen Anfragen

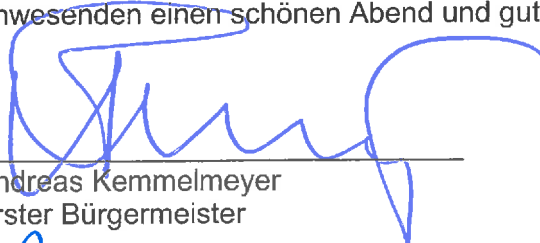
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Kirnberger erkundigt sich nach dem Stand der Dinge hinsichtlich der Gestaltung der Außenanlage an der neugeschaffenen Kindertageseinrichtung an der Straßäckerallee 15.

Der Bauamtsleiter der Gemeinde Unterföhring, Herr Kapfenberger, erläutert hierzu, dass die Maßnahmen kurzfristig fortgeführt und fertiggestellt werden.

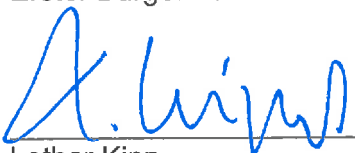
- Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler erkundigt sich nach dem weiteren Werdegang hinsichtlich des Planungsstopps beim Sportpark.

Der Bauamtsleiter der Gemeinde Unterföhring, Herr Kapfenberger, erläutert hierzu, dass der aktuelle Stand für den geplanten Workshop am 24.06.2018 vorbereitet ist bzw. finalisiert wird. Im Workshop soll aufgezeigt werden, wie eine mögliche Planungs-/Realisierungsteilung hinsichtlich der ursprünglich gemeinsamen Entwicklung von Sportpark und Gymnasium auf Grund des Planungsstopps für den Sportpark möglich erscheint.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, beendet der Vorsitzende die heutige öffentliche Sitzung um 22:40 Uhr und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.



Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister



Lothar Kipp  
Schriftführer